

Antrag Förderung der Forstwirtschaft

Gewährung einer Zuwendung für die Anlage und Unterhaltung von Nass-, Trocken- und Folienlager für den Zeitraum 01.09.2020 - 31.07.2021 (Förderjahr 2021)

Über
Forstamt

Antrags-Nr.:

--	--	--	--	--	--	--	--

An
Zentralstelle der Forstverwaltung
- Obere Forstbehörde –
Le Quartier-Hornbach 9
67433 Neustadt an der Weinstraße

Eingang Forstamt

Eingang ZdF

- Hinweis:
1. Bitte zutreffende Felder ausfüllen oder ankreuzen
2. Die grauen Felder werden von den Behörden ausgefüllt
3. Bitte das beiliegende Merkblatt beachten

1. ANTRAGSTELLER(IN): (Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen)		
1.1	Bei Einzelunternehmen / Privatpersonen:	
	Name	Vorname
		Geburtsdatum
		T T M M J J J J
	Bei allen anderen Rechtsformen:	
	Unternehmensbezeichnung	
1.2	Vollständige Postanschrift / Sitz des Unternehmen:	Zustelladresse, wenn abweichend:

1.3	Kontaktdaten	
	Ansprechpartner falls von lfd. Nr. 1.4 abweichend *	Telefon (tagsüber erreichbar) *
	E-Mail *	FAX-Nr. *
1.4	Unterschriftsberechtigter (Vertretungsberechtigter des Unternehmens, bzw. Bevollmächtigter), wenn von den vorgenannten Angaben zu Antragsteller(in) abweichend:	
	Name	Vorname

		Funktion
	
1.5	Bankverbindung	
	IBAN (22-stellig)
	BIC (11-stellig)
	Name der Bank

*) = Freiwillige Angaben für vereinfachte Rückfragen

1.6	Europaweite Unternehmensnummer / Identifikationsnummer bzw. bisherige Empfängerbetriebsnummer <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
Hinweis: Bitte immer angeben! - Zuständig für die Vergabe ist die Kreisverwaltung.	
1.7	<input type="checkbox"/> Kommunale Gebietskörperschaft oder kommunaler Zweckverband <input type="checkbox"/> Sonstige Zuwendungsempfänger
1.8	Hat das Unternehmen im Falle einer Rückforderung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt diese Rückforderung geleistet? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> entfällt
2. Allgemeine Angaben:	
2.1	Die im Antrag betroffenen Waldflächen befinden sich in meinem / unserem <input type="checkbox"/> Eigentum (bei Eigentümergemeinschaften, z.B. Erbengemeinschaften die Einverständniserklärung aller Miteigentümer beilegen) <input type="checkbox"/> Besitz (z.B. als Pachtfläche: Einverständniserklärung des Eigentümers) <input type="checkbox"/> Ich bin geschäftsführend für die Ortsgemeinde(n) tätig (Verbandsgemeinde, Zweckverband) <input type="checkbox"/>
2.2	Trifft eine oder mehrere der nachstehenden Feststellungen für das beantragte Lagerprojekt zu? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <i>Für alle beantragten Projekte, müssen die nachstehenden Feststellungen mit „nein“ zu beantworten sein. Projekte, für die bei einer oder mehreren Feststellungen ein „ja“ gelten würde, sind nicht förderfähig. Für sie darf keine Förderung beantragt werden.</i> <ul style="list-style-type: none"> • Antragsteller ist der Bund, das Land oder eine juristische Person, deren Kapitalvermögen sich zu mindestens 25 % in den Händen des Bundes oder des Landes befindet. • Die Fläche / Eine Teilfläche, auf der das Vorhaben stattfinden soll, steht im Eigentum/Miteigentum des Bundes oder des Landes. • Die Fläche / Eine Teilfläche, auf der das Vorhaben stattfinden soll, steht im Eigentum/Miteigentum einer juristischen Person, deren Kapitalvermögen sich zu mindestens 25 % in Händen von Bund oder Ländern befindet. • Das Vorhaben findet auf einer Fläche/Teilfläche statt, die mir/uns zum Zwecke des Naturschutzes unentgeltlich übertragen worden ist. • Die beantragte Maßnahme findet auf einer Fläche/Teilfläche statt, die außerhalb von Rheinland-Pfalz liegt. • Bei der beantragten Maßnahme handelt es sich um eine Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahme, die im Zusammenhang mit behördlichen Anordnungen/Auflagen aus einem anderen Verwaltungsakt steht. • Für die beantragte Maßnahme werden Zuwendungen nach anderen Förderbestimmungen beantragt oder sind bereits gewährt. • Das Vorhaben findet auf einer Fläche/ Teilfläche statt auf der die Bewirtschaftung aufgrund rechtlicher Vorschriften dauerhaft untersagt ist, z.B. Kernzonen von Nationalparks und Biosphärenreservate.
3. Spezielle Angaben zum Vorhaben:	
3.1	Das Vorhaben liegt / die Vorhaben liegen im Landkreis: Landkreis-Nr. <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
3.2	Das Vorhaben liegt / die Vorhaben liegen im Bezirk des Forstamtes: Forstamts-Nr. <input type="text"/> <input type="text"/>
3.3	Die Maßnahmen stehen in unmittelbaren Zusammenhang mit der Bewältigung der durch Extremwetter bedingten Schäden und Folgeschäden (z.B. Borkenkäfer) und stehen nicht in Verbindung mit dem planmäßigen Holzeinschlag. <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <i>Wenn „nein“ ist der Antrag nicht förderfähig.</i>
3.4	Die antragsbezogenen Bagatellgrenzen von 500,- € bei privaten und 2.500,-€ bei öffentlichen Antragstellern lt. dem Merkblatt zur Beantragung werden voraussichtlich erreicht. <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> nein <i>Wenn „nein“ ist der Antrag nicht förderfähig.</i>
3.5	Erklärung für Privatwaldbesitzer: Ich besitze insgesamt weniger als 20 ha Wald und kann dies im Fall einer Überprüfung belegen. <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <i>Falls „ja“ ist ein Zuschlag von 12,5 % auf die Gesamtzuwendung möglich, siehe 4.1.</i>

Antrags-Nr.:

--	--	--	--	--

4. Beantragung der Gesamtzuwendung:

Mitteilung der Bewilligungsbehörde an den Antragsteller/Zuwendungsempfänger gem. Artikel 6, Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013

Bei der von Ihnen beantragten Zuwendung zur Förderung der Bewältigung von Extremwetterereignissen und deren Folgen handelt es sich aus beihilferechtlicher Sicht, um eine De-minimis-Beihilfe nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Die voraussichtliche Höhe der zu gewährenden Beihilfe entspricht der in lfd.-Nr. 4 beantragten Gesamtzuwendung. Nähere Erläuterungen hierzu finden Sie im Anhang zu diesem Antragsvordruck. Die im Zusammenhang mit der Gewährung der Zuwendung abzugebenden notwendigen Erklärungen des Antragstellers/Zuwendungsempfängers sind in lfd.-Nr. 5 des Antragsvordruckes „Erklärungen des Antragstellers“ vorzunehmen.

4.1 Ich beantrage folgende Gesamtzuwendung für Projekte/ Vorhaben die in dem Zeitraum **01.09.2020 – 31.07.2021** ausgeführt und abgeschlossen werden.

Um die Gesamtzuwendung herzuleiten ist eine realistische Schätzung durchzuführen.

vom Antragsteller auszufüllen (Prognose)			Prüffeld, wird von den Behörden ausgefüllt		
			laut Prüffeststellung der unteren Forstbehörde hergeleitete Zuwendung in [€]	Festsetzung der Bewilligungsbehörde	
Maßnahme	Umfang in [fm]	beantragte Zuwendung in [€]		Umfang in [fm]	Bewilligte Zuwendung in [€]
Anlage von Holzlagerplätzen					
Unterhaltung und Betrieb von Holzlagerplätzen					
Gesamtzuwendung:					
Kleinprivatwaldzuschlag von 12,5 %: (nur bei Privatwaldbesitz insgesamt unter 20 ha forstliche Betriebsfläche)					
Gesamtzuwendung bei Kleinprivatwald:					
		 Datum / Nz. Datum / Nz.	

BEGRÜNDUNG / Hinweise zu Festsetzung der Bewilligungsbehörde:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

5. Erklärungen des Antragstellers:

5.0 Die **Richtlinien** für die forstliche Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sowie die jeweils für mich geltenden Allgemeinen Nebenbestimmungen für die Zuwendungen zur Projektförderung (ANBestP bzw. ANBestK) sind mir bekannt. Ich erkenne deren Inhalt sowie die für die Förderung geltenden Rechtsgrundlagen (EU-Verordnungen, Rechtsvorschriften des Bundes und des Landes) und die nachstehenden Bestimmungen durch meine Unterschrift als verbindlich an.

Hinweis

Die forstlichen Förderrichtlinien und die Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung finden Sie auf der Homepage von Landesforsten Rheinland-Pfalz (www.wald-rlp.de). Auf Anforderung werden Ihnen die Unterlagen auch übersandt.

5.1	<p>Mir ist bekannt, dass</p> <ul style="list-style-type: none">- der Antrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen abgelehnt werden kann.- kein Rechtsanspruch auf Gewährung der beantragten Zuwendung besteht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.- die Zuwendung nach Vorlage des Zahlantrags/Verwendungsnachweises im Auszahlungsbescheid endgültig festgesetzt wird.
5.2	<p>Ich verpflichte mich, die Zuwendung zurückzuzahlen und die anfallenden Zinsen zu zahlen, soweit ein Bewilligungsbescheid nach den Bestimmungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes oder nach anderen Rechtsvorschriften ganz oder teilweise zurückgenommen oder widerrufen wird.</p>
5.3	<p>Ich weiß, dass</p> <ul style="list-style-type: none">- ich als die Zuwendung empfangende Person die sich auf die Zuwendung beziehenden Unterlagen, Aufzeichnungen, Belege, Bücher oder Karten für die Dauer von 10 Jahren aufzubewahren habe, soweit nicht nach anderen Rechtsvorschriften eine andere Aufbewahrung vorgeschrieben ist. Die Frist beginnt mit dem ersten Tag des Kalenderjahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Zuwendung ausgezahlt wurde.- im Falle der Eröffnung eines Gesamtvollstreckungs- oder Insolvenzverfahrens umgehend die zuständige Bewilligungsstelle über diesen Sachstand zu informieren ist.
5.4	<p>Mir ist bekannt, dass</p> <ul style="list-style-type: none">- von der Bewilligungsstelle alle Unterlagen (auch rückwirkend), die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen und der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, angefordert werden können.- die Bewilligungsstelle entsprechend den Beihilfevorschriften Auflagen auch nachträglich erteilen kann.- die Nichteinhaltung der Fördervoraussetzungen zu Kürzungen oder der Versagung der Zuwendung führen kann.- ich bei unrichtigen oder unvollständigen Angaben sowie bei Nichteinhaltung der Auflagen innerhalb der Bindungsfrist die erhaltenen Zuwendungen ganz oder teilweise, ggf. mit Zinsen, zurückzahlen muss.
5.5	<p>Hinweise zum Datenschutz und zu Europäischen Vorgaben bzgl. Veröffentlichung</p> <p>Ich weiß, dass</p> <ul style="list-style-type: none">- die mit dem Antrag einschließlich Anlagen erhobenen Daten im Rahmen des Antragsverfahren benötigt und durch Landesforsten Rheinland-Pfalz zur Feststellung der Förderberechtigung und –höhe, sowie zur Erstellung von vorgeschriebenen Berichten oder für statistische Zwecke genutzt, weiterverarbeitet und gespeichert werden. <p>Ich habe jederzeit ein Recht auf Auskunft hinsichtlich der mich betreffenden Daten und stimme mit der Unterzeichnung des Antrags der Verarbeitung personenbezogener Daten zu.</p> <p>Die Datenschutzhinweise können auf der Homepage von Landesforsten Rheinland-Pfalz (https://www.wald-rlp.de/de/start-landesforsten-rheinland-pfalz/service/dsgvo/) abgerufen werden. Auf Anforderung werden Ihnen die Unterlagen auch übersandt.</p> <ul style="list-style-type: none">- Beihilfeempfänger, die mit Stichtag 01.07.2016 jährlich mehr als 500.000 € an Beihilfe erhalten, auf einer Beihilfe-Webseite des Landes Rheinland-Pfalz veröffentlicht werden. (Ziffer 128 der „Rahmenregelung der Europäischen Union für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten 2014-2020“ (2014/C 204/01)).
5.6	<p>Beschäftigteneinsatz</p> <p>Ich erkläre, dass ich zur Umsetzung der Maßnahme auch bei Beauftragung von Dritten keine illegal Beschäftigten einsetzen werde. Ich versichere, dass in den letzten 5 Jahren gegen mich (Antragsteller bzw. nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter) keine Geldbuße von wenigstens 2.500 € nach § 404 Absatz 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt wurde oder ich (Antragsteller bzw. nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter) nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz zu keiner Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt wurde.</p>
5.7	<p>Abweichung von den Antragsangaben / Wechsel des Nutzungsberechtigten</p> <p>Ich teile jede Abweichung von den Antragsangaben und jeden Wechsel des Nutzungsberechtigten während der Dauer der von mir übernommenen Verpflichtungen sowie jede beihilferrelevante Änderung meiner Unternehmensverhältnisse durch Abgabe einer schriftlichen Erklärung gegenüber der Bewilligungsstelle mit. Ich bleibe verantwortlich für die weitere Einhaltung der Verpflichtungen beim Übergang des Forstbetriebes (ganz oder teilweise) auf einen anderen Nutzungsberechtigten während der Zeit der Verpflichtungsdauer, es sei denn, der Nachfolger übernimmt die Verpflichtungen für die restliche Dauer der Verpflichtungszeit durch Abgabe einer entsprechenden schriftlichen Erklärung gegenüber der Bewilligungsstelle.</p>

5.8	<p>Kontrollen</p> <p>Mir ist bekannt, dass die zuständigen Behörden und Stellen berechtigt sind, Prüfungen und Kontrollen bei mir als Zuwendungsempfänger durchzuführen und dass ich die für die Prüfungen und Kontrollen erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen habe.</p> <p>Mir ist bekannt, dass die mir durch die Evaluations- und Kontrollmaßnahmen entstehenden Aufwendungen nicht erstattet werden.</p>
5.9	<p>Subventionen</p> <p>Mir ist bekannt, dass die Zuwendungen nach diesen Richtlinien Subventionen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen die missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) vom 29. Juli 1976 (BGBl.I S. 2034, 2037) sind.</p> <p>Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 (8) StGB sind folgende Tatsachen:</p> <p><u>A. Tatsachen, die für die Bewilligung und Gewährung einer Zuwendung erheblich sind:</u></p> <p>a) zum Antragsteller:</p> <ul style="list-style-type: none">- Name, Adresse und Empfängerbetriebsnummer des Antragstellers- Bankverbindung, ggf. Kontoinhaber- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers und den Eigentumsverhältnissen der Projektflächen- Angabe zur Größe der forstlichen Betriebsfläche in Rheinland-Pfalz <p>b) zum Fördervorhaben:</p> <ul style="list-style-type: none">- Maßnahmenbezeichnung- Angabe, dass die Maßnahme nicht auf Flächen stattfindet, die dem Zuwendungsempfänger zum Zwecke des Naturschutzes unentgeltlich übertragen wurden.- Angabe, dass die beantragte Maßnahme nicht auf einer Fläche/Teilfläche stattfindet, die außerhalb von Rheinland-Pfalz liegt.- Angabe, dass es sich bei der beantragten Maßnahme nicht um eine Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahme handelt, die im Zusammenhang mit behördlichen Anordnungen / Auflagen aus einem anderen Verwaltungsakt steht.- Waldortsbezeichnung <p>g) Beschäftigteneinsatz</p> <p>h) Auftragsvergabe</p> <p><u>B. Tatsachen, die für die Weitergewährung, Inanspruchnahme, das Belassen oder die Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung sind:</u></p> <p>Subventionserheblich sind ferner folgende Tatsachen, die der Bewilligungsstelle während der Durchführung des Fördervorhabens und gegebenenfalls auch noch nach Vorlage des Verwendungsnachweises nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides einschließlich Anlagen und Nebenbestimmungen mitzuteilen sind:</p> <ul style="list-style-type: none">- wenn der Zuwendungsempfänger weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei öffentlichen Stellen beantragt oder sich die im Antrag bzw. Zahantrag / Verwendungsnachweis für den Zuwendungszweck angegebenen Gesamtausgaben ermäßigen oder sich die Finanzierungsmittel erhöhen oder neue Finanzierungsmittel hinzutreten (ANBest-K Nr. 5.1),- wenn der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen (ANBest-K Nr. 5.2),- wenn sich herausstellt, dass der Verwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist (ANBest-K Nr. 5.3),- wenn die ausgezahlten Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung verbraucht werden können (ANBest-K Nr. 5.4),

noch 5.9	<p>- wenn zu inventarisierende Gegenstände innerhalb der zeitlichen Bindung nicht mehr entsprechend dem Zuwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden (ANBest-K Nr. 5.5),</p> <p>Subventionserheblich sind ferner die Tatsachen im Zahlantrag/Verwendungsnachweis, die die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen.</p> <p><u>C. Scheingeschäfte, Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten</u></p> <p>Subventionserhebliche Tatsachen sind schließlich solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (vgl. § 4 des Subventionsgesetzes).</p> <p>Ich bestätige urschriftlich, dass ich von den genannten subventionserheblichen Tatsachen Kenntnis habe.</p> <p>Mir ist bekannt, dass</p> <ul style="list-style-type: none">- Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist.- ich verpflichtet bin, der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Änderungen der oben aufgeführten Tatsachen mitzuteilen.- ich nach § 3 Abs. 1 des Subventionsgesetzes verpflichtet bin, der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, der Weitergewährung, der Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Leistungen erheblich sind.- falsche, unvollständige oder unterlassene Angaben zur Strafverfolgung führen können.- die Zuwendungen bei falschen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben oder bei Nichterfüllung oder nicht rechtzeitiger Erfüllung oder Einhaltung der Bedingungen und Auflagen bzw. der übernommenen Verpflichtungen ganz oder teilweise zurückgefordert werden können.- die Bewilligungsbehörde verpflichtet ist, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges begründen, der Strafverfolgungsbehörde mitzuteilen.
-------------	---

6.	<p>Anlage(n):</p> <p><input type="checkbox"/> Bei Pachtverhältnissen Einverständniserklärung des Eigentümers, Anzahl:</p> <p><input type="checkbox"/> Bei Bevollmächtigten Vollmacht, Anzahl:</p>
----	--

<p>Ich / Wir versichere/n, dass die in diesem Antrag und der/den Anlage/n enthaltene Angaben richtig und vollständig sind.</p>	
<hr/>	
<p>Ort, Datum</p>	
<hr/>	
<p>Unterschrift des Antragstellers, des Vertretungsberechtigten, bzw. Bevollmächtigten; bei kommunalen Gebietskörperschaften zusätzlich Stempel</p>	
<hr/>	
<p>Name, Vorname (in Druckbuchstaben)</p>	<p>(Bei Bevollmächtigten bitte Vollmacht beilegen)</p>